

# Plädoyer gegen die Verpolitisierung der Verwaltung

Eine Krise wie diese sei nur mit „hohem Beamtenethos“ zu bewältigen, sagt Kommunikationsexperte Matthias Karmasin.

ANDREAS KOLLER

Polit-Kabinette und Message Control taugen nicht als Mittel gegen die Coronapandemie.

**SN: Österreich hat die erste Phase der Pandemie gut bewältigt. Mittlerweile ist Sand im Getriebe. Warum?**

**Matthias Karmasin:** Es zeigt sich, dass eine funktionierende und hochmotivierte Verwaltung bei der Bekämpfung einer Krise entscheidend ist. Selbst wenn einzelne Personen 90 oder 100 Stunden die Woche arbeiten und sich einsetzen: Ohne funktionierende Strukturen dahinter sind sie chancenlos.

**SN: Was meinen Sie damit?**

Die Qualität der Verwaltung liegt in einem hohen Beamtenethos. Das bedeutet eine strikte Trennung zwischen Amt und Person. Und eine sehr korrekte Regelgebundenheit

und Transparenz. Das heißt im Endeffekt: Ein guter Beamter ist nicht einer Partei oder politischen Richtung verpflichtet, sondern der res publica, also dem Gemeinwohl. Ich glaube, dass es eine Tendenz gibt, die Verwaltung zu politisieren.



BILD: SN/APA/HANS PUNZ

**„Beamte sind Gemeinwohl verpflichtet.“**

**Matthias Karmasin,**  
Medienexperte

**SN: Stichwort Ministerkabinette.**

Stichwort Ministerkabinette, Stichwort politische Kabinette – und Stichwort Message Control: Wer darf zur Pressekonferenz, wer darf wann was sagen. Ich finde, dass man zurückfinden sollte zu einer Kultur, in der die Verwaltung nicht immer als langsam, als ineffizient, als Hemmschuh bezeichnet wird.

Stattdessen sollte man anerkennen, dass eine gute Verwaltung immer Motor für Innovation war. Die vermeintlichen Nachteile der Verwaltung sind eigentlich ein Vorteil.

**SN: Ein Minister steht aber nicht nur an der Spitze der Verwaltung, er hat auch die Aufgabe, ein politisches Konzept umzusetzen. Braucht er nicht dafür neben der Beamtenschaft auch ein politisches Kabinett?**

Natürlich, es gibt einen politischen Auftrag. Die Frage ist nur, welche Grenzen das hat. Darf die Verwaltung parteilich sein? Darf die Administration sich den Grundsätzen der Regelgebundenheit, dem Legalitätsprinzip, dem Grundsatz der Schriftlichkeit und Aktenkundigkeit, dem Grundsatz der Trennung von Amt und Person entziehen? Mein eindeutiges Votum ist: Nein, auch wenn das antiquiert erscheint. Die Verwaltung ist kein verlänger-

ter Arm der politischen Parteien. Und sie darf keine Meinungen äußern, die der einen Partei mehr und der anderen weniger gut gefallen. Das ist einer der Gründe, warum Beamte einen besonderen Berufsschutz genießen. Es ist legitim, dass Regierende eine politische Agenda verfolgen. Aber genauso wichtig ist es, dass man eine effiziente, funktionierende und auf dem Beamtenethos gründende Verwaltung hat. Die nicht immer mit der Narration der Ineffizienz und Langsamkeit belastet werden sollte.

**SN: Welche konkreten Nachteile sehen Sie durch die Verpolitisierung der Verwaltung?**

Die grundlegende Gefahr ist, dass der Grundsatz, dass ein Beamter der res publica und dem Gesetz verpflichtet ist und nicht einer Partei, unter Druck gerät. Auch in kommunikativer Hinsicht. Die Politik versucht immer wieder, der Verwal-

tung Sprachregelungen aufzuerlegen. Etwa dass Tatsachen nicht genannt werden dürfen, weil sie irgendwelchen PR-Interessen widersprechen. Es ist legitim, dass Politiker PR und Werbung machen. Ich glaube aber, man muss es der Verwaltung ermöglichen, unabhängig zu arbeiten. Übrigens ist auch der Journalismus gefordert. Dort gibt es die Tendenz, alle Probleme zu personalisieren, statt das System hinter den Problemen zu thematisieren. Eine Krise, wie wir sie jetzt erleben, kann man aber nicht mit Einzelpersonen lösen, so brillant die auch sein mögen. Auch dass bei Spitzenbeamten sofort nach einer parteipolitischen Punze gesucht wird, ist eine üble journalistische Tendenz.

**Matthias Karmasin** lehrt an der Uni Klagenfurt und ist Direktor am Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Akademie der Wissenschaften.